

Geöffnet täglich
früh 6½ Uhr.

Rechtes und Rechte
Gebäude 25.
Berechnung der Rechtes:
Vermittag 10—12 Uhr.
Nachmittag 4—6 Uhr.
Bei der Rödiger eingehende Mün-
ze nach: daß die Rechtes nicht
verkauft.

Ausgabe der für die nächst-
liegende Nummer bestimmten
Zeitung an Montagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 10 Uhr.

Zs des Alten für Zeit-Ausgabe:
Drei Schilling, Universitätsstr. 22,
Post 284, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 10 Uhr.

Nr. 293.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftswelt.

Montag den 20. October 1879.

Ausgabe 16.000.
Abonnementpreis viertelj. 47,- M.
incl. Beigefügte 5 M.
durch die Post bezogen 6 M.
Zs. einzelne Nummer 25 M.
Belegexemplar 10 M.
Gebühren für Extrablagen
ohne Postbeförderung 29 M.
mit Postbeförderung 48 M.

Interrate 5 gpf. Zeitzeile 20 M.
Frühere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarische
Sag nach höherem Taxt.

Konturen unter dem Nachdruck
die Spalte 40 M.
Interrate sind fest und gesetzlich
zu fassen. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung präsentierende
oder durch Postvertheid.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

die Fabrikation von Phosphorvillen betreffend.

Das Kais. Ministerium des Innern hat zum Schutz der bei der Fabrikation von Phosphorvillen beschäftigten Arbeiter, sowie zugleich im Interesse der Bewohner von Nachbargrundstücken folgende Anordnungen getroffen:

- 1) Der Phosphor ist behufs Bereitung der Phosphorvillen in einem schleimig gemachten Wasser, in einem geschlossenen Gefüße, bei höchstens 60° Celsius, in den Raum seiner Vertheilung zu bringen.
- 2) Diese Flüssigkeit ist nur nach ihrer vollständigen Erkalzung mit dem Mehl zur Villenmasse zu verarbeiten. Wacht sich zu diesem Zwecke der weitere Zusatz von Wasser erforderlich, so ist solches ebenfalls nur in kaltem Zustande zuzusehen.
- 3) Die gesamte Arbeit darf nur in einem luftigen, im Freien errichteten Schuppen vorgenommen werden.
- 4) Vor der Arbeit eine Mäßigkeit zu sich nehmen und bevor sie die Arbeitsstätte verlassen, haben sie sich sorgfältig Gesicht und Hände zu waschen und den Mund mit kaltem Wasser aufzuspülen.

Den Arbeitern und sonstigen Inhabern und Leitern von Phosphorvillenfabriken im hiesigen Stadtgebiete wird die genaue Befolgung obiger Vorschriften hierdurch bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 150 M. für den Unterlaß oder Zuüberhandlungshall zur Pflicht gemacht.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Kreischer.

Bekanntmachung.

Die zur Deckung der Fehlbeträge der bisherigen Parochien aufzubringende persönliche Anlage ist von allen mit über 800 M. Einkommen eingeschloßlichen betriebsfähigen evangelisch-lutherischen Glaubensgenossen mit der Hälfte des einfachen Höchstentnahmevertrages fällig, und sind die Anlage-Hälfte, 2. Stad — abzuführen, währendfalls gegen die Gläubiger nach Ablauf der Frist die gesetzlichen Maßregeln einzutreten müssen.

Leipzig, den 18. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Laube.

Bekanntmachung.

Wegen des Umbaus der Westbrücke wird der zwischen der Frankfurter- und der Mendelssohn-Straße liegende Theil der Weststraße vom Montage den 20. October ab für den durchgehenden Fahrverkehr bis auf Weiteres gesperrt.

Leipzig, den 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Leipzig, 19. October.

Es gereicht uns zur aufrichtigen Genugthuung, heute unseren Freunden ausführlich wiederholen zu können, daß **Rudolf von Bennigsen** (wie bereits gestern telegraphisch gemeldet) sich im Gefühl seiner durch die gegenwärtige Lage begründeten Verantwortung entschlossen hat, das ihm übertragene Mandat anzunehmen. Es ist dies ein nicht nur für die nationalliberale Partei, sondern voranschicklich für den ganzen Verläng unferes politischen Lebens hochbedeutsamer Entschluß, den wir mit Freude begrüßen. Man konnte die Gründe wohl wurdigen, die Herren von Bennigsen vor einigen Wochen zu der Erklärung bewogen, ein Mandat für die preußische Volksvertretung nicht wieder annehmen zu wollen. Er sah das Staatsleben im Reich und in Preußen in Bahnen einlenken, die er wie jeder liberale Mann für Irrwege halten mußte; er sah die Grundgedanken, die den Inhalt seiner politischen Überzeugung bilden, unterlegen und verlaugt, und es verging ihm, wie so manchem Andern, die Freude am öffentlichen Leben und Schaffen. Die Verhältnisse haben sich nun freilich seitdem nicht geändert. Unter denselben Zeichen, unter welchem die Reichstagssession schloß, beginnt auch die preußische Landtagsession. Die Wahlen haben die reaktionäre Richtung unseres Staatslebens das Siegel der Zustimmung des Volks in seinem überwiegenden Theil aufgedrückt, und Herr von Bennigsen findet ein Abgeordnetenhaus vor, gründlich verschieden von demjenigen, dem er sechs Jahre lang als Präsident vorgesessen. Schwerlich wird er, wie wir heute annehmen müssen, den Präsidentenstab wieder bestiegen. Auch im Abgeordnetenhaus wird die conservativer-ultramontane Majorität in einem Präsidium von der Farbe Grün-Blau-Frankenstein zum Ausdruck kommen. Wenn trotz dieser unerfreulichen Situation und Aussicht, trotz der bitteren Erfahrungen der jüngsten Zeit Herr v. Bennigsen sich entschlossen hat, aufs Neue das Mandat zur Volksvertretung anzunehmen, so entspringt dieser Entschluß sicherlich der Überzeugung, daß gerade in so schweren Zeiten, wie die gegenwärtig herrschen, ein Mann, der seine Kraft dem politischen Leben gewidmet hat, auf seinem Posten aufzuharren verpflichtet ist. Die Stellung der nationalliberalen Partei gegenüber der Regierung ist jetzt gegen früher sehr verändert und auch die politische Wirksamkeit Bennigsen's wird einen anderen Charakter haben. Die nächste Zukunft wird lehren, ob zur Vermittelung der Gegenseite, in der man diesem Politiker eine besonders glückliche Hand befähigt, der Boden noch empfänglich ist. Die nationalliberale Partei tritt sicherlich mit vollster Unbefangenheit und dem Vorhaben rein sachlicher Vertiffung an die gescheiterten Arbeiten des Landtags heran, sie bringt aber auch den selten Entschluß mit, gegen ein System allgemeiner Umkehr Widerstand zu leisten, so weit ihre Kräfte reichen. Die Frage der Präsidentschaft Bennigsen's wird von der

"Wog. Blg." anders ausgeführt. Das Blatt schreibt: "Hier v. Bennigsen ist, wie wir hören, nicht nur von seinen ehrbürgerlichen hannoverschen Landsleuten und Parteigenossen, sondern auch von anderen gewichtigen Seiten her dringend gebeten worden, sich dem Abgeordnetenhaus nicht zu entziehen. Wenn er diesen Aufründerungen nunmehr nachgegeben hat, so wird unter obwaltenden Umständen die natürliche Consequenz wohl sein, daß er wiederum zum Präsidenten des Hauses gewählt wird. Diese Wahl hätte dann zur Folge, daß zwei conservative Vicepräsidenten neben ihm traten und nicht, wie im Reichstage, das Centrum mitbedacht würde. In der augenblicklichen Lage wäre dies von mehr als gewöhnlicher Bedeutung. Es könnte leicht der Sefton ihren Stempel aufdrücken. Die nationalliberale Fraction wird sich unter Riquel's und Rickert's Leitung voraussichtlich eine stärkere Organisation zu geben suchen, als sie sich von jeher leidet. Alle wichtigeren Abstimmungen werden fortan wahrscheinlich als Fraktionsfragen behandelt werden."

Die Berliner Staatsanwaltschaft scheint gegen die socialdemokratischen Agitationen des laisernen Hospredigers Stöcker nicht vorgehen zu wollen, denn eine der "Tridine" zugehörende, anscheinend von der Staatsanwaltschaft selbst inspirierte Mitteilung über diese Agitationen lautet:

"Söder gegenüber die Verwunderung last ge-
worden, daß die kompetente gerichtliche Behörde
bisher nicht hindernd gegen diese durch öffentliche
Vorträge in Scène gelegten öffentlichen Krei-
zungen verschiedener Bevölkerungsklassen gegen
einander eingetretten sei. Allerdings haben dem
Vernehmen nach deshalb Erwägungen stattge-
funden, ob dem Treiben des Herrn Söder durch
Anwendung des §. 130 des Strafgesetzbuchs
strafrechtlich entgegengetreten werden kann. Nach
diesem Paragraphen wird mit Geldstrafe bis zu
900 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren
bestraft, wer in einer den öffentlichen Frieden
gefährdenden Weise verschiedene Clasen der
Bevölkerung zu Gewaltthäiten gegen einander
anzieht. Das Ergebnis war jedoch ein verneinendes, weil die Vorträge des Herrn
Söder in keiner Weise den Frieden hervorbrachten,
sondern läßt, daß es dem Redner darum zu thun
sei, verschiedene Bevölkerungsklassen zu Ge-
waltthäiten gegen einander anzuregen,
noch aus vernünftige Bühne eine solche Wirkung
zu hervor vermag. Daß ein sehr großer Theil
der Bühne des Herrn Söder, von neueren
Triebschern geleitet, durch die den Hass verschiedener
Bevölkerungsklassen gegen einander befürbren-
den Vorträge gerade eines Hospredigers zu ge-
waltthäften Ausschreitungen veranlaßt werden kann,
ist nicht in Abrede zu stellen, dieser Umstand ge-
nugt jedoch nicht zur Anwendung der gebuchten
Strafbestimmung, welche zwischen Geistlichen und
sonstigen Personen, als Thäter, seinem Unterschied
macht, sondern würde ebensoviel nur zu einem
disziplinarischen Einschreiten des geistlichen
Aufsichtsbeamte gegen den Herrn Hosprediger
gezwungen sein."

Bekanntmachung auf den Abbruch.

Gemeinnützige Baulichkeiten in den der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken:

- 1) Rummel'scher Steinweg Nr. 75 (früher Rummel'sches Grundstück) und Nr. 76 (vormaliges Bredow'sches Wohnhaus der Jakobskirche)
- 2) Rummel'scher Steinweg Nr. 78 (altes Militärhospital) und Nr. 79 (ehemaliges Zuchtmuseum), sollen in obigen zwei Abtheilungen

Dienstag, den 21. d. M. Vermittag 11 Uhr
steigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen, in welchen die zu versteigernenden Baulichkeiten speziell aufgeführt sind, liegen in unserem Bauamt (Rathaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 1) zur Einsichtnahme aus, auch werden zur Besichtigung geöffnet sein.

Leipzig, den 10. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerutti.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in der Nacht vom 26. zum 27. dieses Monats die Reinigung des Hochreservoirs, in den Räthen vom 27. zum 28. und vom 28. zum 29. d. M. die Spülung der Hauptdröhnen und in der Nacht vom 29. zum 30. die Spülung der Zweigdröhnen der Wasserleitung vorgenommen werden wird.

Leipzig, den 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Götz.

Bekanntmachung.

Wegen des Umbaus der Heiligen Brücke wird der Verkehr über dieselbe bis auf Weiteres vom Dienstag, den 21. October ab gesperrt.

Leipzig, am 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Dienstag, den 21. October Abends 6 Uhr im Saale der Ersten Bürgerschule.
Tagessordnung: Fortsetzung der Beratung über den Antrag des ärztlichen Bezirksvereins Pirna auf Besetzung aller die Ausübung der Heilkunde betreffenden Bestimmungen aus der deutschen Gewerbeordnung und auf Erlass eines das gesammte Medicinalwesen umfassenden besonderen Medicinalgesetzes für das deutsche Reich; eventuell aber auf Abänderung der §§. 29 und 147 der Gew.-Ordnung.

Dr. Pless.

"Wir unterscheiden würden, auch abgesehen von den obigen juristischen Erwägungen — Ich sehe die „Tridine“ — daß Strafgericht nicht für das geeignete Forum halten, an dem eine Entscheidung in dieser Sache nachzufachen wäre. Nicht auf den Respekt vor diesem oder jenem Strafparagraphen, der Herrn Söder gewiß nicht fehlt, kommt es hier an, sondern auf die Achtung bestehender staatsbürglicher Gebräuche, um deren Wahrung man sich, wenn es möglich, bemühen mag, gegen die man aber in öffentlichen Volksversammlungen zu Zwecken der Aufreitung nicht verzögern darf. Hier zu entscheiden und das Recht als förmliches Ausdruck der öffentlichen Meinung zu schützen ist Sache der preußischen Volkswartung, die Herrn Söder ja vor ihrem Forum ständen wird."

Die "Grüne Intel." bewirkt schon seit längerer Zeit die englische Regierung. Der auf dem platten Lande großgezogene Bauplatz schreitet zur Gewalt, die Anti-Bachthaltung scheint mit jedem Tage größere Dimensionen anzunehmen und die Sprache der irischen Agitatoren wird immer offener und lächerlich. Auf einem Meeting in Armaghdown Town hat ein ehemaliger feuriger Bühnlein, Ramond Davitt, eine sehr auffällige Ansprache gehalten. Er forderte die anwesenden Bühnen zum Widerstände gegen die Grundbesitzer zur Seite stehenden Bühnen auf und meinte, sie sollten sich vor den nach Irland berufenen Soldaten, "die sich von Bühnen schlagen ließen", nicht fürchten. In der Nachbarschaft der Kirche von Clanallan, Warrenpoint, Grafschaft Down, wurde ein Drohplatz nachstehenden Inhalts angeklagt: "Man nehme gefällig Rötz davon: Jedermann, der in dieses Land kommt, um mehr als 1 Pf. Sterl. pro Acre Land zu geben, mag sein Leichttuch und seinen Sarg mitbringen, denn wir wollen keine exproprierungsfähigen Landlords, wie Brady, ermuntern. Sein Haus wird an denselben Achten, an welchem er ankommt, eingeholt werden." Die englische Presse, so wie auch die lokalen irischen Blätter dringen darauf, der Agitation ein Ende zu setzen und in erster Linie die Demagogie für erste Abschreitungen verantwortlich zu machen. So schreibt der offizielle Dubliner "Daily Express": "Für das Blut, welches gestossen — und wir haben alle Ursache zu glauben, daß sich durch den Wall der Blüte, welcher eine Antwort auf den Appell an Gott war, noch andere Gewaltthäten anrichten lassen werden — sind die Hände Deiner, welche im gleichen Tode verurtheilt sind, verantwortlich!"

Die Franzosen sind keine Kolonisten; das befinden genugmäig die geringen wirtschaftlichen Ressourcen, welche mit Algerien erreicht werden. Diese Provinz hat im Laufe der Zeit angänliche Sammeln verschlagen; dennoch weiterisiert die Republik mit dem verlorenen Kaiserreich, den "Ruhm" Frankreich in Afrika fortzuschaffen zu lassen. Der Kaiser, welcher jetzt Algerien besetzt und von Bonn bis Alger 1650 km in vierzehn Tagen zurückgelegt hat, darüber 730 auf Eisenbahnen, 490 auf Landstraßen und 440 auf Sammelpferden, ist, wie aus Paris vom Mittwoch gemeldet wird, in Afrika eingetroffen und ruht sich jetzt unter Hütten und Neben an. Realisch sprach bei einem Fühlfluss, daß der Bürgermeister von Alger gab, der Generalgouverneur Albert Greve (der Bruder des Präsidenten) sein Vertrauen auf die patriotische Unterstüzung aller aus, um die ihm übertrogene Aufgabe zu lösen. An demselben Abend hielt Greve bei Gelegenheit einer Feierstunde eine Rede, worin er sich stark machte, daß er und seine Gessessen von der Deputiertenkammer die nötigen Reformen durchsetzen würden, worauf der Präsident des Generalrats entgegnete: "Sie geben uns die Civilregierung, geben Sie uns jetzt die unabdingbare Colonisation!" Diese Unabdingbarkeit wird, wenn sie bewilligt wird, die Colonisation des Landes wesentlich förderen; denn daß bisher alles nach der alten Schablone der Verwaltung und des Zwanges ging, hat wesentlich dazu beigetragen, daß Algeriens Besiedelung auf keinen grünen Zweig kommen konnte. Man darf nicht vergessen, daß